



## P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.  
28.06.2010

### Landesregierung bestätigt erheblichen Bedarf an ÄrztInnen in Schleswig-Holstein

Zur Antwort auf die Kleine Anfrage 17/625 ([https://www.v-cms.net/author/main/bindok\\_blob?DokumentID=345698&file=file345698.pdf](https://www.v-cms.net/author/main/bindok_blob?DokumentID=345698&file=file345698.pdf)) erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

In den nächsten Jahren wird es in Schleswig-Holstein einen erheblichen Bedarf an ÄrztInnen geben - das musste die Landesregierung auf die Anfrage der Grünen Landtagsfraktion bestätigen. Dies hängt mit der Altersstruktur der niedergelassenen Ärzteschaft zusammen und damit, dass viele ÄrztInnen nach ihrem Studium lieber auswandern, weil in anderen Ländern die Arbeitsbedingungen attraktiver sind.

Das Ziel muss sein, dass genügend AbsolventInnen des Medizinstudiums nach ihrer Facharztweiterbildung in Schleswig-Holstein bleiben. Alle Akteure im Gesundheitswesen müssen daran arbeiten, die Attraktivität des Berufes zu steigern und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verbessern.

Es liegen keine aktuellen Zahlen für den Bedarf der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein vor - eine gute Bedarfsplanung sieht anders aus. Auch für die Krankenhäuser und Reha-Kliniken in Schleswig-Holstein brauchen wir genügend medizinischen Nachwuchs.

Das UKSH zu privatisieren und den Medizinstudiengang in Lübeck zu streichen, sind die völlig falschen Signale. Nur wenn es heute genügend MedizinstudentInnen gibt, werden wir morgen genügend ÄrztInnen haben.

Der hochschulpolitische Sprecher, **Rasmus Andresen**, fordert:

Bundesweit müssen mindestens zehn Prozent mehr MedizinerInnen ausgebildet werden, in Schleswig-Holstein hingegen will die Landesregierung über 50 Prozent kürzen.

Reden Gesundheitsminister Garg und Wissenschaftsminister de Jager eigentlich mit Herrn Rösler und Frau Schavan?

Die besten Medizinstudiengänge in ganz Deutschland befinden sich an der Universität Lübeck. Diese komplett zu streichen wäre irrsinnig. Eine stärkere Beteiligung des Bundes darf nicht bedeuten, dass sich das Land aus der Verantwortung stiehlt.

Wir Grünen fordern einen Hochschullastenausgleich für das kostenintensive Medizinstudium. Danach müssten Länder, die unter Bedarf Medizinstudienplätze zur Verfügung stellen, an Bundesländer wie Schleswig-Holstein einen Ausgleich zahlen. Nicht durch weniger Studienplätze, sondern durch eine gerechtere Mittelverteilung werden das Hochschul- und das Gesundheitssystem zukunftsfest.

**Kontakt**

---

Pressedienst



Marret Bohn (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/310/310893@de.html>)

Rasmus Andresen (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/308/308337@de.html>)